

# Wirtschaft im Wandel

1/2016

29. Februar 2016, 22. Jahrgang



Oliver Holtemöller

## Agrarrohstoffpreise und Lebensmittelpreise in armen Ländern

Martin T. W. Rosenfeld u. a. **S. 09**  
Im Fokus:  
Interkommunale Kooperation  
ist deutlich im Kommen

Brigitte Loose **S. 13**  
IWH-Baumfrage im vierten  
Quartal 2015: Geschäftsaussichten  
hellen sich in allen Sparten deutlich auf

Cornelia Lang **S. 16**  
IWH-Industrienumfrage im vierten  
Quartal 2015: Gute Stimmung bei  
den Unternehmen hält an

## Inhaltsverzeichnis

- 03**    Kommentar: Bleibt Sachsen-Anhalt abgehängt?  
Oliver Holtemöller
- 04**    Aktuelle Trends: Nach Einführung des Mindestlohns:  
Höherer Stundenlohn, aber geringere Arbeitszeit bei Ungelernten  
Oliver Holtemöller
- 05**    Agrarrohstoffpreise und Lebensmittelpreise in armen Ländern  
Oliver Holtemöller
- 09**    Im Fokus: Interkommunale Kooperation ist deutlich im Kommen –  
Ergebnisse einer Kommunalbefragung des IWH und der Universität Kassel  
Martin T. W. Rosenfeld, Ivo Bischoff, Christian Bergholz, Simon Melch, Peter Haug, Frédéric Blaeschke
- 13**    IWH-Bauumfrage im vierten Quartal 2015:  
Geschäftsaussichten hellen sich in allen Sparten deutlich auf  
Brigitte Loose
- 16**    IWH-Industrienumfrage im vierten Quartal 2015:  
Gute Stimmung bei den Unternehmen hält an  
Cornelia Lang
- 19**    „Challenges for Forecasting – Structural Breaks, Revisions and Measurement Errors“  
16<sup>th</sup> IWH-CIREQ Macroeconometric Workshop  
Matthias Wieschemeyer

## Bleibt Sachsen-Anhalt abgehängt?

Oliver Holtemöller



Das Hauptthema in den Medien ist zurzeit die Flüchtlingskrise. Im Jahr 2015 sind über eine Million Flüchtlinge nach Deutschland gekommen. Darüber hinaus gibt es weiterhin Zuwanderung aus ost- und südeuropäischen EU-Ländern nach Deutschland. Bei monatsgenauer Rechnung und unter Berücksichtigung von Fortzügen ergibt sich für das Jahr 2015 eine Nettozuwanderung von 900 000 Personen nach Deutschland. Ohne diese Zuwanderung würde die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in Deutschland sinken.

Die Zuwanderung fällt jedoch keineswegs regional gleichmäßig aus, sondern verstärkt die ohnehin bestehenden regionalen Disparitäten. Der prozentuale Bevölkerungszuwachs war – nach Schätzungen des IWH, amtliche Daten für das gesamte Jahr liegen noch nicht vor – in Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hamburg und Hessen am höchsten. In den ostdeutschen Flächenländern war der prozentuale Zuwachs hingegen am geringsten. Mit Ausnahme von Thüringen wäre die Bevölkerung in den ostdeutschen Flächenländern ohne Flüchtlingsmigration weiter gesunken. Dies liegt zum einen an der natürlichen Bevölkerungsdynamik. In einigen ostdeutschen Bundesländern kommt allerdings hinzu, dass Menschen per saldo in andere Bundesländer abwandern. Im Jahr 2014 – neuere Daten liegen noch nicht vor – sind über 5 000 Menschen mehr aus Sachsen-Anhalt in andere Bundesländer fortgezogen, als aus anderen Bundesländern zugezogen sind.

Die Standortnachteile Sachsen-Anhalts gegenüber anderen Bundesländern bestehen fort. So ist hier nicht nur die Bevölkerungsentwicklung besonders ungünstig, sondern auch die Arbeitslosenquote höher als im ostdeutschen Durchschnitt, nämlich um gut einen Prozentpunkt. Die Kombination aus schrumpfender Bevölkerung und überdurchschnittlicher Arbeitslosenquote ist eine Ursache für das bei Weitem unterdurchschnittliche Wirtschaftswachstum in Sachsen-Anhalt. Zwischen 2010 und 2014 ist das reale Bruttoinlandsprodukt in Sachsen-Anhalt insgesamt um 0,4% gestiegen, in den ostdeutschen Flächenländern waren es knapp 4% und in den Alten Bundesländern gar etwa 6%.

Vordringliche Aufgabe der Wirtschaftspolitik sollte es daher sein, Sachsen-Anhalt als Wohn- und Arbeits-

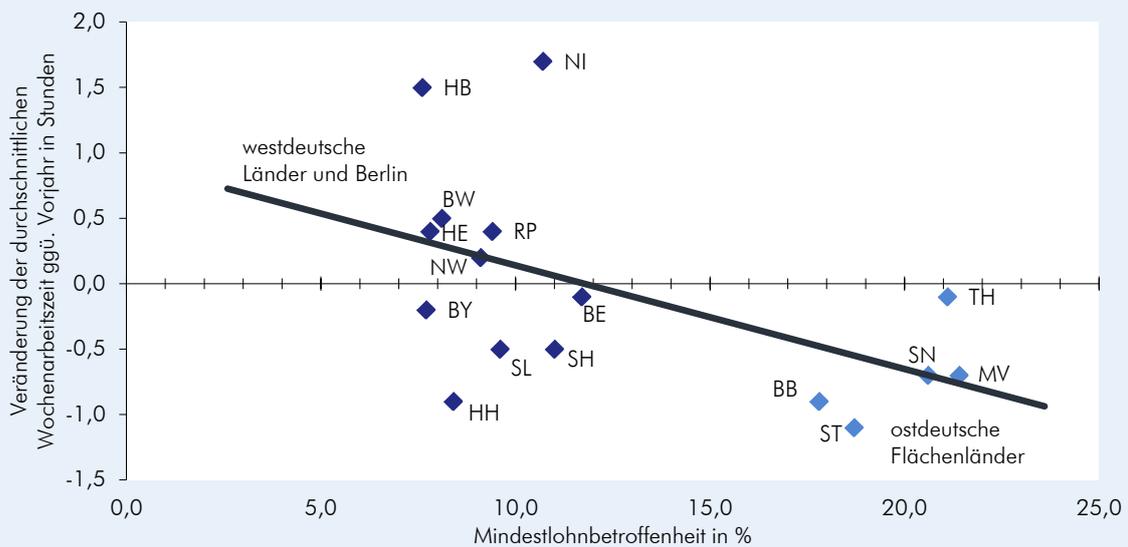
ort attraktiver zu machen. Denn ohne Zuwanderung wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in Sachsen-Anhalt in den kommenden Jahren dramatisch abnehmen. Das bedeutet zum Beispiel auch, dass der öffentliche Schuldenstand je Einwohner selbst bei einem ausgeglichenen Haushalt weiter steigen würde. Das wird den finanziellen Handlungsspielraum des Landes in Zukunft weiter verkleinern, und zwar erst recht, wenn das Zinsniveau irgendwann wieder steigt. Es ist zu befürchten, dass dann zuerst in Bereichen gespart wird, in denen es keine gesetzlichen Ausgabenfestlegungen gibt, also zum Beispiel bei der Chancengleichheit im Bildungsbereich und bei der Integration von ausländischen Mitbürgern. Aus diesem negativen Kreislauf auszubrechen, muss eine der vordringlichsten Aufgaben der nächsten Landesregierung sein.

Das IWH hat in vielen Zusammenhängen die Bedeutung der Bildungspolitik als die größte Chance Sachsen-Anhalts betont. Bildungspolitik ist aus zwei Gründen zentral für den langfristigen Erfolg des Landes. Erstens kann sie die Ursachen für Niedriglöhne, vor allem zu geringe Qualifikation, an der Wurzel bekämpfen. Sachsen-Anhalt weist z. B. mit die höchste Schulabbrecherquote im bundesdeutschen Vergleich auf, dieses Problem muss angegangen und Bildungspotenziale, die angesichts der zu erwartenden Bevölkerungsentwicklung dringend erforderlich wären, müssen gehoben werden. Die existierende Chancenungleichheit darf nicht weiter perpetuiert werden. Zweitens sollte es eines der wichtigsten Ziele sein, so genannte High-Potentials nach Sachsen-Anhalt zu holen, die die Arbeitsplätze von morgen gestalten. Sachsen-Anhalt hat weiterhin nicht zu viel, sondern zu wenig Zuwanderung! Die gegenwärtige Flüchtlingsmigration ändert diesen Befund nicht. Der Königsweg wäre es, die Grundfinanzierung der Hochschulen und anderer Forschungseinrichtungen deutlich zu erhöhen, um im internationalen Wettbewerb um die besten Wissenschaftler und besten Studierenden mithalten zu können. Das kann nur geschehen, wenn die neue Landesregierung entsprechende Prioritäten setzt, denn nur Investitionen in helle Köpfe können Sachsen-Anhalt zukunftsfähig machen. 

# Aktuelle Trends: Nach Einführung des Mindestlohns: Höherer Stundenlohn, aber geringere Arbeitszeit bei Ungelernten

Oliver Holtemöller

Veränderung der Wochenarbeitszeit ungelernter Arbeitnehmer nach Bundesländern



Die Veränderung der Wochenarbeitszeit bezieht sich auf die Differenz der bezahlten Wochenarbeitszeit ungelernter, teilzeitbeschäftigter Arbeitnehmer zwischen dem dritten Quartal 2015 und dem dritten Quartal 2014 (Statistisches Bundesamt, Fachserie 16, Reihe 2.1, Tabelle 5). Mindestlohn Betroffenheit: Anteil der Arbeitnehmer, die vor Einführung des Mindestlohns weniger als 8,50 Euro brutto je Stunde verdient haben (Knabe, A.; Schöb, R.: Regionale und qualifikationsspezifische Auswirkungen des Mindestlohns. Folgenabschätzung und Korrekturbedarf, Berlin 2014)

Quelle: Darstellung des IWH.

Ein Jahr nach Einführung des flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von 8,50 Euro brutto je Stunde ist die Diskussion über die Beschäftigungseffekte dieser Maßnahme in vollem Gange. Die momentan verfügbaren Daten deuten zwar nicht darauf hin, dass Arbeitsplätze in großem Umfang weggefallen sind, aber die wöchentliche Arbeitszeit Ungelernter ist in vom Mindestlohn besonders betroffenen Bundesländern gesunken.

Zwar ist die Anzahl der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse (Minijobs) seit Einführung des flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns stark gesunken; dem steht aber in gewissem Umfang ein Zuwachs an sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen gegenüber. Entscheidend für die Beurteilung der Mindestlohneffekte ist allerdings nicht nur, ob ein Arbeitsplatz nach Einführung des Mindestlohns erhalten bleibt, sondern auch, wie sich die Anzahl der Arbeitsstunden verändert, denn das Einkommen setzt sich aus Stundenlohn und Anzahl der Arbeitsstunden zusammen. In den ostdeutschen Bundesländern ist die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit un-

gelernter Arbeitnehmer – diese Gruppe ist besonders von der Einführung des Mindestlohns betroffen – teilweise recht deutlich gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Auch in einigen westdeutschen Bundesländern ist die Arbeitszeit ungelernter Arbeitnehmer gesunken. Insgesamt besteht ein negativer Zusammenhang zwischen der Mindestlohn Betroffenheit und der Veränderung der durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit. Negative Effekte des Mindestlohns auf das in Stunden gemessene Arbeitsvolumen sind daher nicht auszuschließen, auch wenn die einfache Korrelation selbstverständlich noch kein Beleg für einen kausalen Zusammenhang ist.



Professor Dr. Oliver Holtemöller

Leiter der Abteilung Makroökonomik,  
Stellvertretender Präsident

[Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de](mailto:Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de)

# Agrarrohstoffpreise und Lebensmittelpreise in armen Ländern

Oliver Holtemöller

In der Politik und in den Medien wird darüber diskutiert, ob spekulativer Handel mit Agrarrohstoffen den Hunger in der Welt vermehrt. In diesem Aufsatz wird untersucht, in welchem Umfang sich Schwankungen von Agrarrohstoffpreisen auf nationale Verbraucherpreise für Lebensmittel in Indien als einem großen Land mit einem großen Anteil an armen Menschen übertragen. Es wird gezeigt, dass Agrarrohstoffpreisschwankungen mit einem Quartal Verzögerung signifikante Effekte auf die Verbraucherpreis-inflation für Lebensmittel und die Verbraucherpreis-inflation insgesamt in Indien haben. Quantitativ bedeutend waren diese Effekte etwa 2007/2008 und 2010/2011. Aufgrund der restriktiven Reaktion der indischen Zentralbank auf einen Anstieg der Verbraucherpreis-inflation kommt es zusätzlich zu negativen Auswirkungen auf die Konjunktur. Allerdings sind andere Faktoren für die Schwankungen der Lebensmittelpreise in Indien wesentlich bedeutender.

*JEL-Klassifikation: C22, C58, G12, G14*

*Schlagwörter: Agrarrohstoffe, Indien, Nahrungsmittelpreise, spekulative Blase*

Die Frage, ob die Finanzspekulation mit Agrarrohstoffen eingeschränkt werden sollte, wird in Medien, Politik und Wissenschaft seit einiger Zeit kontrovers diskutiert. So sagte beispielsweise EU-Kommissar Michel Barnier während einer Anhörung des Europäischen Parlaments am 13. Januar 2013, dass angesichts des Hungers in der Welt die Spekulation mit Nahrungsmitteln ein Skandal sei.<sup>1</sup> Der wissenschaftliche Erkenntnisstand über den Zusammenhang zwischen Preisschwankungen auf Agrarrohstoffmärkten und nationalen Lebensmittelpreisen ist bislang unvollständig und zum Teil widersprüchlich.<sup>2</sup> In dem vorliegenden Beitrag soll den Fragen nachgegangen werden, ob es Evidenz dafür gibt, dass Spekulation die Schwankungsintensität von Agrarrohstoffpreisen erhöht und ob sich Schwankungen von Agrarrohstoffpreisen auf die Lebensmittelpreise in armen Ländern auswirken.<sup>3</sup>

## Explosives Preisverhalten auf internationalen Märkten für Agrarrohstoffe

Auf Märkten für Rohstoffe kommt es immer wieder zu Situationen, in denen der Preis explosionsartig steigt und anschließend stark fällt. Solche Situationen werden in Anlehnung an eine Definition von Kindleberger als Preisblase bezeichnet.<sup>4</sup> Die internationalen Agrarrohstoffpreise folgten insbesondere in den Jahren 2007/2008 und 2010/2011 einem solchen Muster (vgl. Abbildung 1). Im Jahr 2008 stiegen sie um 30% und im Jahr 2011 um 40% gegenüber dem Vorjahr, um anschließend wieder deutlich zu sinken.

Formale statistische Tests zeigen, dass Agrarrohstoffpreise zeitweise explosives Verhalten aufweisen. Dies kann letztlich nur mit Spekulation auf weiter steigende Preise erklärt werden.<sup>5</sup> Dieser Befund be-

1 "Speculation in basic foodstuffs is a scandal when there are a billion starving people in the world." (<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?language=en&type=IM-PRESS&reference=2010112IPR67166>).

2 Für einen kritischen Überblick siehe Will, M. G.; Prehn, S.; Pies, I.; Glauben, T.: Schadet oder nützt die Finanzspekulation mit Agrarrohstoffen? – Ein Literaturüberblick zum aktuellen Stand der empirischen Forschung, in: *List Forum für Finanz- und Wirtschaftspolitik*, Jg. 39 (1), 2013, 16-45.

3 Dieser Beitrag basiert im Wesentlichen auf zwei Studien, nämlich Holtemöller, O.: Explosive Preisentwicklung und spekulative Blasen auf Rohstoffmärkten, in: *ORDO Jahrbuch für die Ordnung der Wirtschaft* 64, 2013, 405-420, und Holtemöller O.; Mallick, S. K.: Global Food Prices and Business Cycle Dynamics in an Emerging Market Economy. *IWH Discussion Paper* 15/2015. Halle (Saale) 2015.

4 Vgl. Kindleberger, C. P.: *Manias, Panics and Crashes: A History of Financial Crises*. Basic Books 1987. – Kindleberger, C. P.: *Bubbles*, in: J. Eatwell, M. Milgate, P. Newman (eds), *The New Palgrave Dictionary of Economics Online*, First Edition. Palgrave Macmillan 1987. Zur Entstehung von Preisblasen vgl. Holtemöller, O.: Vermögenspreisblasen: Erklärungsansätze und wirtschaftspolitische Überlegungen, in: *IWH, Wirtschaft im Wandel*, Jg. 16 (12), 2010, 558-564.

5 Ein explosiver (Log-)Preisprozess impliziert Arbitragemöglichkeiten, wenn der betreffende Rohstoff zu nicht-prohibitiven Kosten gelagert werden kann. Davon kann bei Tagesdaten ausgegangen werden; Grenzanbieter müssten beispielsweise lediglich die Lagerzeit um einen Tag verlängern, um von dem explodierenden Preis zu profitieren. Die Nachfrage für Lagerzwecke würde den Kassa-Preis bereits heute steigen lassen, im Gleichgewicht bliebe ein explosives Preisverhalten aus, vgl. Holtemöller, O., a. a. O., 2013, 415 f.

**Abbildung 1**  
Agrarrohstoffpreise



Anmerkungen: Die Abbildung zeigt den Commodity Research Bureau Index für internationale Nahrungsmittelpreise (Kassa-Preise). Die berücksichtigten Nahrungsmittel sind Butter, Kakao, Mais, Baumwollsamensöl, Schweinefleisch, Schweinefett, Rindfleisch, Zucker und Weizen.

Quellen: [Commodity Research Bureau](#); Darstellung des IWH.

deutet nicht, dass fundamentale Erklärungsfaktoren, d. h. angebotsseitige (z. B. Missernten) und nachfrage-seitige (z. B. Bevölkerungswachstum) Veränderungen unwichtig wären, sondern nur, dass zu den fundamentalen Einflussfaktoren zeitweise Spekulation auf steigende Preise als Einflussfaktor hinzukommt.<sup>6</sup> Ferner beeinflussen auch nationale und internationale makroökonomische Faktoren die Agrarrohstoffpreise. So hat beispielsweise die globale Liquidität, die im Kontext der weltweiten Finanzkrise 2007/2008 aufgrund expansiver Geldpolitik stark gestiegen ist, Effekte auf die internationalen Rohstoffpreise insgesamt und auch auf die Agrarrohstoffpreise.<sup>7</sup>

## Agrarrohstoffpreise und nationale Verbraucherpreise für Lebensmittel

Dass auf internationalen Handelsplätzen für Agrarrohstoffe Preisexplosionen vorkommen, bedeutet nicht automatisch, dass auch die nationalen Verbraucherpreise in einzelnen Ländern davon betroffen sind. Eine graphische Analyse zeigt allerdings, dass durchaus Parallelen zwischen Agrarrohstoffpreisen und nationalen Verbraucherpreisen bestehen (vgl. Abbildung 2). In den Jahren 2007/2008 und 2010/2011, in denen die starken Preisanstiege für Agrarrohstoffe zu beobachten waren, haben auch die Verbraucherpreisinflationsraten für Lebensmittel in den hier betrachteten Län-

dern Guinea-Bissau, Indien, Liberia und Madagaskar sichtbar zugenommen.<sup>8</sup>

Die visuelle Inspektion reicht jedoch nicht aus, um auf einen statistisch signifikanten Zusammenhang zu schließen. Insbesondere ist der Tatsache Rechnung zu tragen, dass es Einflussfaktoren geben kann, die sowohl die Preisentwicklung für Agrarrohstoffe als auch die Verbraucherpreise für Lebensmittel in einzelnen Ländern treiben. So spielt etwa der Rohölpreis als Kostenfaktor bei der Produktion von Agrarrohstoffen eine wichtige Rolle. Sein Effekt auf die Agrarrohstoffpreise und die nationalen Verbraucherpreise muss herausgerechnet werden, bevor ein Effekt der Agrarrohstoffpreise auf die nationalen Verbraucherpreise statistisch belegt werden kann.

## Das Beispiel Indien: Internationale Preissprünge bei Agrarrohstoffen übertragen sich auf die Lebensmittelpreise

Im Folgenden wird eine detaillierte Analyse für Indien vorgenommen. Indien ist ein sehr bevölkerungsreiches Land mit einem substanziellen Anteil armer Menschen. So dürften steigende Lebensmittelpreise einen unmittelbaren Effekt auf die Ernährungssituation von etwa 300 Millionen Menschen in Indien haben. Ferner sind Lebensmittelpreise in Indien ein wichtiger Treiber der Verbraucherpreise insgesamt.<sup>9</sup> Sie haben ein Gewicht von ungefähr 43% im Verbraucherpreisindex.

Der Zusammenhang wird hier mit einem multivariaten Zeitreihenmodell untersucht, in dem auch der globale Ölpreis und der Regenfall in Indien berücksichtigt werden.<sup>10</sup> Es stellt sich heraus, dass Veränderungen der Agrarrohstoffpreise mit einer Verzögerung von einem Quartal statistisch signifikante Effekte auf die Lebensmittelpreise und die Verbraucherpreise insgesamt in Indien haben.<sup>11</sup> Der Effekt wird in Abbildung 3 visualisiert. Die Abbildung zeigt für Vierteljahresdaten das zeitliche Muster der Effekte eines Anstiegs der Agrarrohstoffpreise auf die Verbraucher-

8 Die Auswahl der hier betrachteten Länder erfolgte nach Verfügbarkeit nationaler Verbraucherpreisindizes für Lebensmittel für arme Länder (Guinea-Bissau, Liberia und Madagaskar gehören zur Gruppe der *low income countries*, Indien zur Gruppe der *lower middle income countries* nach Weltbank-Klassifikation).

9 Vgl. Anand, R.; Ding, D.; Tulin, V.: Food Inflation in India: The Role for Monetary Policy. [IMF Working Paper 14/178](#), 2014.

10 Es handelt sich um ein vektorautoregressives Modell, die technischen Details des Modells werden beschrieben in Holtemöller, O.; Mallick, S. K., a. a. O., 2015.

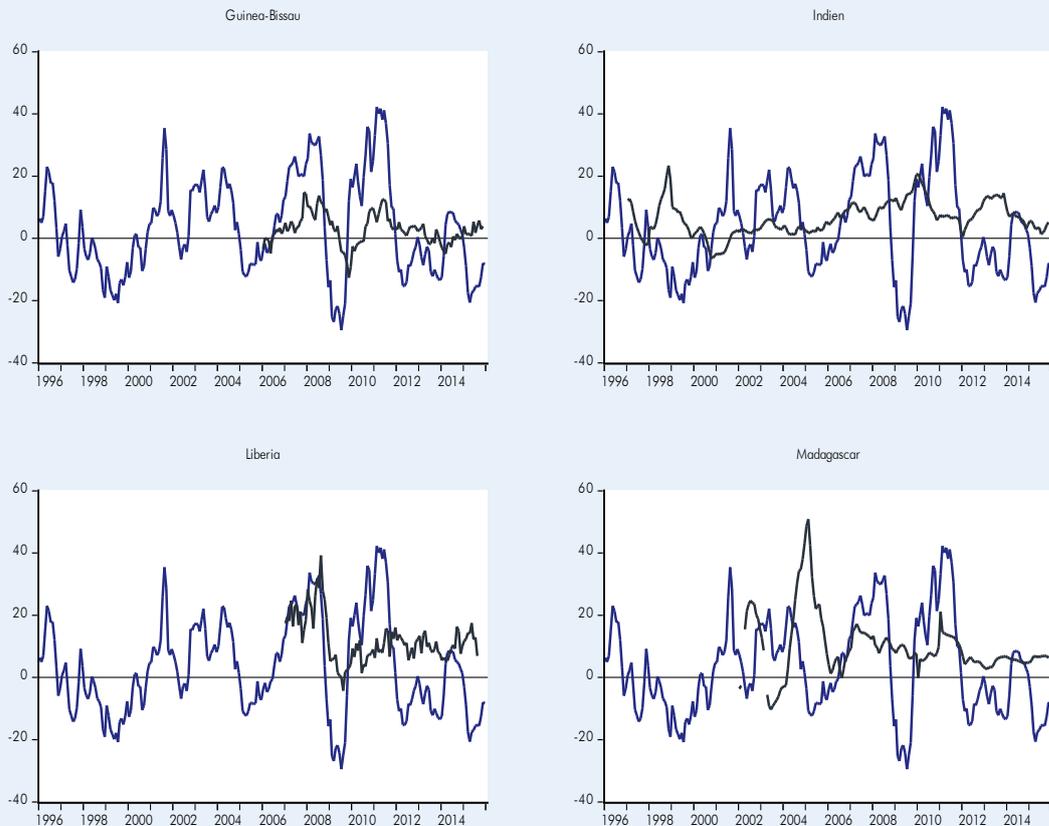
11 Statistisch formuliert sind die Agrarrohstoffpreise Granger-kausal für die Lebensmittelpreise und für die Verbraucherpreise in Indien.

6 Vgl. Deaton, A.; Laroque, G.: On the Behaviour of Commodity Prices, in: [Review of Economic Studies](#), Vol. 59 (1), 1992, 1-23.

7 Vgl. Kang, H.; Yu, B.-K.; Yu, J.: Global Liquidity and Commodity Prices, in: [Review of International Economics](#), Vol 24 (1), 2016, 20-36.

## Abbildung 2 Globale und nationale Nahrungsmittelpreise

Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr, in %



Anmerkungen: Die Abbildung zeigt die Veränderungsrate der globalen Nahrungsmittelpreise (hellblau) und der Lebensmittelverbraucherpreise in ausgewählten Ländern (dunkelblau) gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quellen: [Commodity Research Bureau](#), nationale amtliche Quellen (ThomsonReuters Datastream); Darstellung des IWH.

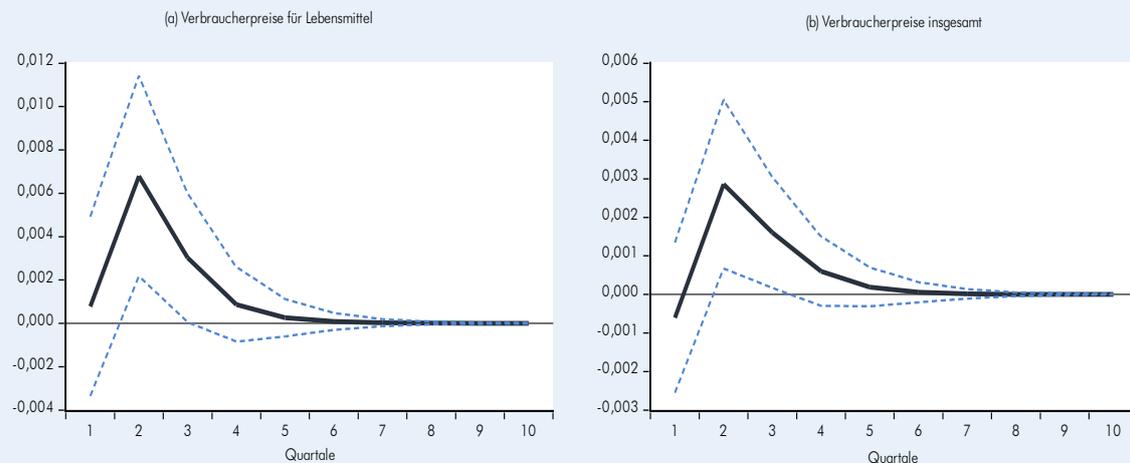
preise für Lebensmittel und auf die Verbraucherpreise insgesamt in Indien.<sup>12</sup> Die Tatsache, dass das 2-Standardfehlerband ein Quartal nach dem ursprünglichen Impuls in den Agrarrohstoffpreisen die Nulllinie nicht umschließt, belegt die statistische Signifikanz des Effektes; es kann also ausgeschlossen werden, dass die mit einer Verzögerung von einem Quartal zu beobachtende gleichgerichtete Veränderung der nationalen Verbraucherpreise rein zufällig ist. Statistische Signifikanz sagt allerdings alleine nichts über die ökonomische Relevanz des Effektes aus. Der Anteil der Varianz der Veränderungsrate der indischen Lebensmittelpreise, der mit Veränderungen der Agrarrohstoffpreise erklärt werden kann, beträgt im Durchschnitt nur knapp 20%, d. h. 80% der Variation gehen auf andere Einflussfaktoren zurück. Eine periodengerechte Zerlegung der Determinanten der

Verbraucherpreisinflation für Lebensmittel in Indien zeigt aber, dass gerade in den Quartalen unmittelbar nach großen Preissprüngen bei den Agrarrohstoffen (2007/2008 und 2010/2011) ein substantieller Anteil der Verbraucherpreisinflation für Lebensmittel in Indien auf die internationalen Impulse zurückgeführt werden kann.

### Restriktive Reaktion der Zentralbank mindert die Realeinkommen zusätzlich

Eine auf Preisstabilität ausgerichtete Geldpolitik reagiert im Allgemeinen mit restriktiver Zinspolitik auf einen Anstieg der Verbraucherpreisinflation. Mit der Erhöhung von Zinsen soll die gesamtwirtschaftliche Nachfrage gedämpft werden und damit ein stabilisierender Effekt auf die Verbraucherpreisinflation erzielt werden. Dieses Muster ist auch in Indien zu beobachten. Dies bedeutet, dass sich ein Anstieg der Agrarrohstoffpreise nicht nur auf die Lebensmittelpreise und die allgemeine Teuerung in Indien über-

12 Der Impuls in den Agrarrohstoffpreisen wird dadurch identifiziert, dass ein zeitgleicher Effekt von nationalen Schocks auf die Agrarrohstoffpreise ausgeschlossen wird.

**Abbildung 3****Reaktion der Verbraucherpreise in Indien auf einen Impuls in den Agrarrohstoffpreisen**

Anmerkungen: Impulsantwortfolgen aus vektorautoregressiven Modellen mit einem Lag für (a) Log-Differenzen von Ölpreis, Agrarrohstoffpreisen und nationalen Verbraucherpreisen für Lebensmittel in Indien bzw. für (b) Log-Differenzen von Ölpreis, Agrarrohstoffpreisen und nationalem Verbraucherpreisindex in Indien. Es wird ein Ein-Standardfehler-Impuls der Agrarrohstoffpreise betrachtet, der Standardfehler beträgt 0,06. Ein einprozentiger Impuls der Agrarrohstoffpreise führt demnach zu einem Anstieg der Verbraucherpreis-inflation für Lebensmittel in Indien um 0,1 Prozentpunkte. Die gestrichelten Linien stellen 2-Standardfehler-Bänder dar.

Quellen: [Commodity Research Bureau](#), nationale amtliche Quellen (ThomsonReuters Datastream); Berechnungen und Darstellung des IWH.

trägt und auf diese Weise die Realeinkommen der Menschen dämpft, sondern dass die realwirtschaftliche Aktivität und damit auch die Realeinkommen zusätzlich durch eine restriktive geldpolitische Reaktion der Zentralbank auf den Preisanstieg reduziert werden.

## Fazit

Etwaige Spekulation mit Agrarrohstoffen steht in Verdacht, über Realeinkommensverluste den Hunger in armen Ländern zu verstärken. Im vorliegenden Beitrag wird gezeigt, dass es tatsächlich Evidenz dafür gibt, dass Agrarrohstoffpreise zeitweise ein explosives Preisverhalten an den Tag legen, das spekulative Einflüsse auf die Preise nahelegt. Ferner wird gezeigt, dass sich die Agrarrohstoffpreisschwankungen systematisch auf die Lebensmittelpreise in Indien als einem großen Land mit etwa 300 Millionen Menschen, deren Ernährungssituation von steigenden Lebensmittelpreisen unmittelbar beeinflusst wird, übertragen. Dieser Effekt spielt zwar insgesamt für die Erklärung der Verbraucherpreis-inflation für Lebensmittel in Indien nur eine untergeordnete Rolle, ist aber in Perioden mit großen Preisanstiegen auf den Agrarrohstoffmärkten wie etwa 2007/2008 oder 2010/2011 bedeutend. Hinzu kommt, dass durch die systematische Reaktion der indischen Zentralbank auf den entsprechenden Anstieg der Verbraucher-

preis-inflation insgesamt die Konjunktur in Indien gedämpft wird, was sich unter anderem auf die Arbeitslosigkeit auswirken dürfte. Einen Beweis für negative Effekte von Spekulation auf Lebensmittelmärkten auf arme Länder stellt die hier vorgelegte empirische Evidenz dennoch nicht dar. Vielmehr stützt diese einen entsprechenden Anfangsverdacht und gibt Anlass zu weitergehender Forschung, in der die fundamentalen Einflussfaktoren auf Agrarrohstoffpreise explizit berücksichtigt werden und Spekulation anhand eines strukturellen Modells identifiziert wird. 



**Professor Dr. Oliver Holtemöller**

Leiter der Abteilung Makroökonomik,  
Stellvertretender Präsident

[Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de](mailto:Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de)

## Im Fokus: Interkommunale Kooperation ist deutlich im Kommen – Ergebnisse einer Kommunalbefragung des IWH und der Universität Kassel

Martin T. W. Rosenfeld, Ivo Bischoff, Christian Bergholz, Simon Melch, Peter Haug, Frédéric Blaeschke

Interkommunale Kooperation wird vielfach als ein Mittel angesehen, mit dem speziell Städte und Gemeinden außerhalb der großen Ballungsräume die Folgen des demographischen Wandels und des zunehmenden interregionalen Standortwettbewerbs besser bewältigen könnten. Obschon immer mehr Gemeinden bei ihrer Aufgabenerfüllung zusammenarbeiten, fehlen für Deutschland bislang großflächige empirische Untersuchungen zum Phänomen der interkommunalen Kooperation. Der vorliegende Beitrag stellt Ergebnisse aus einer Befragung von 6 745 Gemeinden abseits der großen Ballungsräume zu ihrem Kooperationsverhalten in den Aufgabebereichen Allgemeine Verwaltung, Bauhof und Tourismusmarketing vor. Die Auswertung der 1 321 Antworten gewährt aktuelle Einblicke in Merkmale und Tendenzen der interkommunalen Zusammenarbeit. Es werden unter anderem Befunde zum räumlichen, zeitlichen und thematischen Auftreten sowie zu den dahinterstehenden Rechtsformen und Motiven vorgestellt. Abschließend wird ein Ausblick auf die Möglichkeiten gegeben, mit den erhobenen Daten die Fragen nach den Wirkungen und den Bedingungen für das Zustandekommen von interkommunaler Kooperation zu beantworten.

*JEL-Klassifikation: D73, H70, H72, H77, R50*

*Schlagwörter: kommunale Zusammenarbeit, Kommunalfinanzen, Daseinsvorsorge*

Vor allem die Städte und Gemeinden abseits der großen Ballungsräume stehen vor großen Herausforderungen. Neben einem zunehmenden interregionalen Wettbewerb um Kapital und hochqualifizierte Arbeitskräfte müssen sie mit den Folgen des demographischen Wandels, der Abwanderung junger Familien in die Ballungskerne und einer angespannten Lage ihrer Haushalte fertig werden. Es wird immer schwieriger für sie, die soziale Infrastruktur, ihre ökonomische Wettbewerbsfähigkeit und eigene politische Handlungsspielräume aufrechtzuerhalten. Seit einigen Jahren wird die interkommunale Zusammenarbeit von Vertretern der Politik- und Verwaltungswissenschaften als eine Möglichkeit favorisiert, diesen Herausforderungen zu begegnen.<sup>1</sup> Einige Landesregierungen fördern die interkommunale Zusammenarbeit mit verschiedenen Maßnahmen, auch weil Kooperationen als Alternative zu politisch heiklen Gemeindegebietsreformen gesehen werden. Das wirft folgende Fragen auf: Inwieweit ist die interkommunale Kooperation ein probates Mittel zur Lösung der oben genannten

Probleme? Welche Vor- und Nachteile hat diese Form der Aufgabenerfüllung gegenüber anderen Modi? Welche Faktoren fördern oder hemmen das Zustandekommen der interkommunalen Zusammenarbeit?

Diese Fragen stehen im Mittelpunkt eines gemeinsamen Forschungsprojekts des IWH und der Universität Kassel, das seit dem Herbst 2014 läuft und von der Hans-Böckler-Stiftung gefördert wird.<sup>2</sup> Da amtliche Daten zum Umfang und zu den Ausprägungen der interkommunalen Zusammenarbeit weitgehend fehlen, führte das Projektteam hierzu im Sommer 2015 eine bundesweite Befragung sämtlicher Gemeinden außerhalb der großen Ballungsräume in Deutschland durch, auf deren Basis im weiteren Verlauf des Forschungsprojekts die zuvor genannten Fragen für wichtige kommunale Aufgabebereiche beantwortet werden sollen. Das Anliegen des vorliegenden Beitrags besteht darin, mit Hilfe der Befragungsergebnisse den aktuellen Stand der interkommunalen Kooperation in den betrachteten Regionen für die ausgewählten Aufgaben darzustellen.

1 Vgl. Hulst, R.; Monfort, A. v. (Hrsg.): *Inter-municipal Cooperation in Europe*. Berlin 2007. – Schulz-Hönerhoff, B.: *Interkommunale Kooperation in ländlichen Räumen*. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Bonn 2012.

2 Projekt „Interkommunale Kooperation – Ein Ansatz zur Sicherung der nachhaltigen Kommunalentwicklung sowie der Versorgung mit öffentlichen Leistungen?“, [HBS-Projektnummer 2014-713-4](#).

## Bislang kaum gesicherte Daten zur interkommunalen Kooperation

Unter interkommunalen Kooperationsvorhaben (hier-nach IKV) wird im Folgenden ein institutionelles Arrangement verstanden, bei dem zwei oder mehr Gemeinden freiwillig und auf eine mittlere bis lange Frist bei ihrer Aufgabenerfüllung zusammenarbeiten.<sup>3</sup> Zumeist finden IKV vor allem zwischen benachbarten Gemeinden statt. Die deutsche Rechtslage erlaubt für IKV unterschiedliche Organisationsformen. Maßgeblich für die Ausgestaltung sind die jeweiligen Landesgesetze. Dabei lassen sich die realisierten Kooperationen nach ihrem Formalisierungsgrad und ihrem Aufgabenspektrum differenzieren.<sup>4</sup>

Um quantitative empirische Untersuchungen zu den eingangs genannten Fragestellungen zu ermöglichen, reichen die vorhandenen Daten der amtlichen Statistik nicht aus, denen – wenn überhaupt – in erster Linie Informationen zu den (traditionellen) Kooperationen in der Form so genannter Zweckverbände entnommen werden können. Zweckverbände werden primär in Aufgabenbereichen gegründet, die eine sehr kapitalintensive Produktion erfordern (Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung). Über die – in jüngerer Zeit im Vordergrund stehenden – weniger kapitalintensiven Bereiche liefern die amtlichen Statistiken keine Angaben. Umfassende wissenschaftliche Darstellungen fehlen ebenfalls. In der verwaltungs- und politikwissenschaftlichen Literatur ist immerhin eine beachtliche Anzahl von Fallstudien und Überblicksartikeln zu den verschiedenen Ausprägungen von IKV entstanden.<sup>5</sup>

Für den Aufbau einer umfassenderen Datenbasis war eine eigene Befragung erforderlich. Weil sich das Forschungsprojekt des IWH und der Universität Kassel wegen des dortigen ausgeprägten demographischen Problemdrucks auf Gemeinden abseits der großen Ballungsräume konzentriert, wurden Großstädte mit mehr als 250 000 Einwohnern sowie alle Gemeinden, die über Pendlerströme eng mit diesen verbunden sind, aus der Untersuchung herausgenommen. Damit verblieben 6 745 Gemeinden (≈ 60% aller deutschen Gemeinden), bestehend aus 41 kreisfreien Städten, 1 818 kreisangehörigen Einheitsgemeinden, 1 148 verbandsangehörigen Gemeinden mit potenzieller eigener Verwaltungsaktivität<sup>6</sup> und 3 738 verbandsangehörigen Gemeinden ohne nennenswerte eigene Verwaltungsaktivität. Verbandsangehörige Gemeinden sind selbstständige Mitgliedsgemeinden eines Gemeindeverbands (hier: Verwaltungsgemeinschaft, Amt, Verbandsgemeinde, Samtgemeinde etc.). Demgegenüber versteht man unter Einheitsgemeinden selbstständige Körperschaften, die keine weitere Untergliederung aufweisen und keine Mitgliedsgemeinden eines Gemeindeverbandes sind. Die Befragung konzentrierte sich auf IKV in drei Bereichen: Allgemeine Verwaltung, Bauhof und Tourismusmarketing. Hierbei handelt es sich um eher personalintensive Aufgaben.

Insgesamt haben 1 321 der befragten Gemeinden (19,6%) geantwortet – etwa zu gleichen Teilen online und in Papierform. Bei Einheitsgemeinden lag die Rücklaufquote über 35%, bei den i. d. R. kleineren verbandsangehörigen Gemeinden bei ca. 16%. Die Rücklaufquote nach Bundesländern schwankte erheblich und lag zwischen knapp 6,6% für Mecklenburg-Vorpommern und 43,1% für Hessen. Insgesamt war die Rücklaufquote in Ostdeutschland mit 13,8% signifikant niedriger als in Westdeutschland (21,9%). Schließt man andere Ursachen für das unterschiedliche Antwortverhalten aus, so deutet dies auf eine

3 Formen der vertikalen Kooperation zwischen kommunalen Verwaltungseinheiten auf verschiedenen Ebenen – zwischen so genannten verbandsangehörigen Gemeinden und der jeweiligen Verbandsverwaltung oder zwischen kreisangehörigen Gemeinden und dem Landkreis – wurden aus der Erhebung ausgeschlossen. Erstere, weil der Fokus der Untersuchung auf freiwilligen bzw. zusätzlichen Kooperationen liegt, die über die standardmäßige Verwaltungszentralisierung und -kooperation in einem Verwaltungsverband hinausgehen, und letztere, weil sie in der Regel (abgesehen von einer Kooperation von kreisfreien Städten mit Landkreisen) eher den Charakter eines reinen Outsourcings als den einer Kooperation inter pares hat.

4 Vgl. Blume, L.; Blume, T.: The Economic Effects of Local Authority Mergers: Empirical Evidence for German City Regions, in: *Annals of Regional Science*, Vol. 41, (3), 2007, 689-713.

5 Für einen Überblick zu IKV im Bereich der Wirtschaftsförderungs- und Infrastrukturpolitik vgl. Hollbach-Grömig, B.; Floeting, H.; Kolditsch, P. von; Sander, R.; Siener, M.: Interkommunale Kooperation in der Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik. *Difu-Materialien*, 3, Berlin 2005. Die o. g. Studie von Schulz-Hönerhoff zeigt die Vielfalt der betroffenen Aufgabenbereiche und der formalen Ausgestaltung von IKV im ländlichen Raum auf. Eine bundesweite Betrachtung interkommunaler Gewerbegebiete findet sich bei Wuschansky, B.; König, K.: Interkommunale Gewerbegebiete in Deutschland. Grund-

lagen und Empfehlungen zur Planung, Finanzierung, Organisation, Vermarktung. *ILS-Forschung* 01/2011. ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung. Dortmund 2006.

6 Die Abgrenzung erfolgte danach, ob den verbandsangehörigen Gemeinden nach Landesrecht noch in nennenswertem Umfang administrative Aufgaben zugeordnet werden oder ob diese mehr oder weniger auf der Verbandsebene zentralisiert sind. Demnach zählen etwa die Mitglieder baden-württembergischer Verwaltungsverbände zur Kategorie „mit eigener Verwaltungsaktivität“, während beispielsweise die Mitgliedsgemeinden der niedersächsischen Samtgemeinden, der rheinland-pfälzischen und sachsen-anhaltischen Verbandsgemeinden oder der bayerischen Verwaltungsgemeinschaften zur Kategorie „ohne nennenswerte eigene Verwaltungsaktivität“ gerechnet werden. Für letztere bedeutet das im Ergebnis, dass sie überhaupt keine Grundlage für IKV im Bereich der allgemeinen Verwaltung haben.

weniger ausgeprägte Bereitschaft zu bzw. geringere Notwendigkeit für IKV in Ostdeutschland hin.

Bezogen auf die Grundgesamtheit der 6 745 Städte und Gemeinden lässt sich feststellen, dass die durchschnittliche Einwohnerzahl (Stand: 2013) von 6 293 und auch der Median von 2 748 der antwortenden Gemeinden deutlich über den entsprechenden Werten von 4 546 bzw. 1 468 der Grundgesamtheit liegen. Tendenziell haben also im Vergleich zur Grundgesamtheit größere Gemeinden geantwortet, trotzdem sind es die kleineren Gemeinden, die die Befragung dominieren, da bei den antwortenden Gemeinden 75% höchstens 6 488 Einwohner haben.

#### Kasten

#### Erläuterungen zur Auswahl der in die Befragung einbezogenen Aufgabenbereiche

Um den Fragebogenumfang begrenzt zu halten, konzentrierte sich die Befragung auf interkommunale Kooperationen in drei wichtigen Aufgabenfeldern: Allgemeine Verwaltung, Bauhof und Tourismusmarketing. Diese wurden weiter ausdifferenziert. So wurden für die Allgemeine Verwaltung die Unterbereiche Personalverwaltung, Standesamt, EDV, Beschaffung sowie Finanzverwaltung, Kasse und Kämmerei abgefragt. Für die Sammelkategorie Bauhof wurde nach Leistungen gefragt, die mit dem Bauhof in Verbindung stehen, wie Grünflächenpflege, Straßenreinigung und -unterhaltung.

Diese Auswahl erklärt sich zum einen dadurch, dass sich existierende ökonomische Untersuchungen zumeist auf stark formalisierte IKV in kapitalintensiven Tätigkeitsfeldern konzentrieren. Kooperationen in den eher personalintensiven Verwaltungs- und Dienstleistungsbereichen sind zwar zunehmend verbreitet, wurden jedoch zumindest für Deutschland bislang kaum untersucht. Die Auswahl soll ferner die unterschiedlichen Motivlagen hinter den IKV abdecken.

### Kooperation im Bereich Allgemeine Verwaltung besonders häufig

Der Anteil der Gemeinden, die in der Leistungserstellung mit anderen Gemeinden kooperieren, variiert bei den antwortenden Gemeinden nach Aufgabenbereichen, Bundesländern und Gemeindegrößen. So ist im Bereich der Allgemeinen Verwaltung mit 60% der antwortenden Gemeinden der höchste Anteil kooperierender Gemeinden zu beobachten. Den größten Anteil kooperierender Gemeinden hat hier mit 80%

Hessen, das keine Verbandsgemeinden oder Verwaltungsgemeinschaften kennt. In Sachsen-Anhalt, Thüringen und Bayern hingegen liegt er unter 50%. Mit 67% ist das Standesamt der am häufigsten genannte Kooperationsbereich in der Allgemeinen Verwaltung. Dies könnte vor allem darauf zurückzuführen sein, dass die Anforderungen des deutschen Personenstandsgesetzes ständig komplexer geworden sind. Fast jede zweite Gemeinde mit IKV in der Allgemeinen Verwaltung kooperiert in den Bereichen EDV (46%), Beschaffung (45%) oder Personalverwaltung (42%). Am wenigsten verbreitet sind hier IKV in den kommunalen Finanzangelegenheiten (Finanzverwaltung, Kämmerei und Kasse), wofür immerhin noch 36% ein IKV angeben.

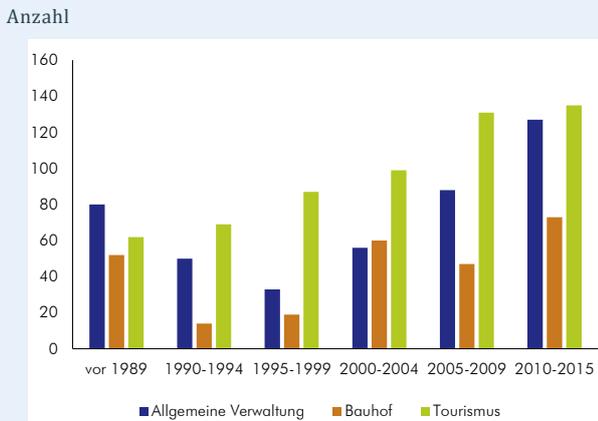
Beim Tourismusmarketing kooperieren knapp 52% der antwortenden Gemeinden. Im Bereich der Bauhöfe liegt der Anteil der kooperierenden Gemeinden bei 25%. Die ostdeutschen Bundesländer weisen hier durchweg einen Wert von unter 20% auf. Schleswig-Holstein mit 48% und Hessen mit 36% führen die Rangliste an.

Während in den Bereichen Allgemeine Verwaltung und Bauhof kleine Verbände von zwei bis vier Gemeinden 66% bzw. 82% aller Verbände ausmachen, sind die Verbände im Bereich Tourismusmarketing meist deutlich größer. Zwar gibt es auch hier kleine lokale Kooperationen. Daneben existieren aber Verbände von bis zu 121 Mitgliedern. Die hohe Neigung zur Kooperation in diesem Bereich dürfte wohl darauf zurückzuführen sein, dass im Vergleich zu den möglichen Vorteilen (z. B. überregionale Sichtbarkeit) nur geringe eigene Ressourcen eingesetzt werden müssen. Zudem ist es den kooperierenden Gemeinden weiterhin möglich, eigene Aktivitäten im Bereich des Tourismusmarketings zu entfalten.

Es zeigt sich außerdem, dass seit dem Jahr 2000 deutlich mehr IKV entstanden als in den Jahren zuvor (vgl. Abbildung 1). Knapp 50% aller erfassten Kooperationsvorhaben sind seit dem Jahr 2005 entstanden. In der zeitlichen Struktur der IKV-Entstehung unterscheiden sich die Aufgabenbereiche nicht grundsätzlich voneinander.

Abbildung 2 zeigt die Häufigkeit der gewählten Rechtsformen. Die hohe Bedeutung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung ist vermutlich darauf zurückzuführen, dass sie für Gemeinden, die nur punktuell kooperieren wollen, mit geringeren Abschluss- und Auflösungskosten verbunden ist als die Bildung eines Zweckverbands. Speziell in der Allgemeinen Verwaltung konzentrieren sich die Kooperationen zudem auf

**Abbildung 1**  
Zeitliche Struktur der IKV-Entstehung nach Aufgabenbereichen



Quellen: IKV-Befragung 2015; eigene Berechnungen und Darstellung.

„Gegenstände des öffentlichen Rechts“. Hier ist – im Gegensatz zu vielen Bauhofleistungen, bei denen ein privatrechtlicher Vertrag ausreichend ist – eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwingend vorgeschrieben.

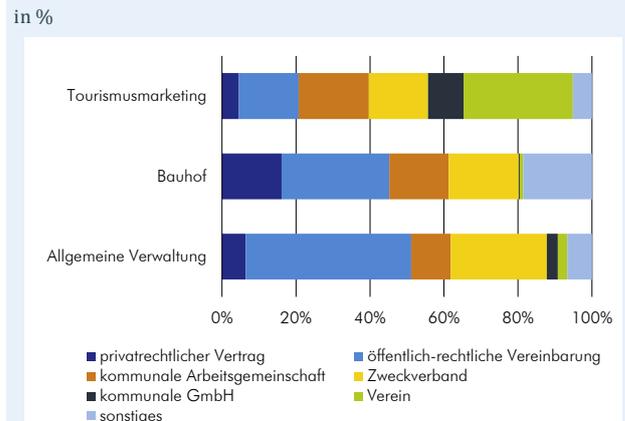
### Staatliche Einflussnahme nur nachgeordnetes Motiv der Kooperation

Hinsichtlich der Motive, eine Kooperation mit anderen Gemeinden einzugehen, spielen Kostensenkungen und eine verbesserte Kapazitätsauslastung vor allem bei IKV in den Bereichen Allgemeine Verwaltung (83%) und Bauhof (77%) eine große Rolle. Qualitätsverbesserungen bzw. ein verbessertes Leistungsspektrum haben demgegenüber untergeordnete Bedeutung. Anders verhält sich die Motivlage für IKV im Tourismusmarketing. 81% der Kommunen mit einem IKV in diesem Bereich geben die überregionale Sichtbarkeit als Motiv an; 79% erwarten einen Zuwachs an Professionalität. Für deutlich weniger (58%) sind Kostenersparnisse bzw. verbesserte Kapazitätsauslastungen ausschlaggebend. Über die Aufgabenbereiche hinweg sind staatliche Auflagen oder die finanzielle Förderung durch den Staat – nach Auskunft der antwortenden Gemeinden – bei der Entscheidung für ein IKV von untergeordneter Bedeutung.

### Ausblick

Die Kommunen stehen unter erheblichem Handlungsdruck und favorisieren zunehmend das Instrument der Kooperation mit benachbarten Kommunen, um ihre Situation zu verbessern. Es stellt sich die Frage,

**Abbildung 2**  
Verbreitung der Rechtsformen nach Aufgabenbereichen



Quellen: IKV-Befragung 2015; eigene Berechnungen und Darstellung.

ob die von den kooperierenden Gemeinden genannten Zielsetzungen für das Eingehen von IKV tatsächlich erreicht werden können. Entsprechende Wirkungsanalysen für die drei in die Befragung einbezogenen Aufgabenbereiche existieren für Deutschland bislang nicht. Auf der Basis der vorliegenden Befragungsergebnisse werden die Projektpartner IWH und Universität Kassel daher weitergehende Analysen sowohl zu den Determinanten der Entstehung von Kooperationen als auch zu den Auswirkungen von IKV auf die Leistungsfähigkeit der Kommunen durchführen. Bei letzterem stehen insbesondere die Kosteneffekte und die Auswirkungen auf das Verhältnis von Aufwand zu Leistung (Effizienz) der kommunalen Aufgabenerfüllung im Vordergrund. 

Die Autoren dieses Beitrags arbeiten gemeinsam an dem von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Forschungsprojekt „Interkommunale Kooperation – Ein Ansatz zur Sicherung der nachhaltigen Kommunalentwicklung sowie der Versorgung mit öffentlichen Leistungen?“

**Professor Dr. Martin T. W. Rosenfeld**

IWH, Leiter des Forschungsfelds Stadtökonomik

[Martin.Rosenfeld@iwh-halle.de](mailto:Martin.Rosenfeld@iwh-halle.de)

**Professor Dr. Ivo Bischoff**

Universität Kassel, Institut für Volkswirtschaftslehre, Fachgebiet Finanzwissenschaft

[bischoff@wirtschaft.uni-kassel.de](mailto:bischoff@wirtschaft.uni-kassel.de)

**Christian Bergholz, Frédéric Blaeschke**

Universität Kassel, Institut für Volkswirtschaftslehre, Fachgebiet Finanzwissenschaft

**Simon Melch, Dr. Peter Haug**

IWH, Forschungsfeld Stadtökonomik

# IWH-Baumfrage im vierten Quartal 2015: Geschäftsaussichten hellen sich in allen Sparten deutlich auf

Brigitte Loose

Das Geschäftsklima im ostdeutschen Baugewerbe hat sich laut Umfrage des IWH zum Jahresende verbessert. Die aktuelle Geschäftslage beurteilen die Unternehmen etwas besser als im Quartal zuvor (vgl. Abbildung 1). Hinsichtlich der Geschäftsaussichten für das nächste halbe Jahr sind die Unternehmen sogar erheblich optimistischer. Hier steigt der Saldo aus den positiven und negativen Meldungen der Unternehmen um neun Saldenpunkte (vgl. Tabelle).

Da sich die Auftragslage per saldo nicht verändert hat, die Produktionserwartungen aber deutlich aufwärtsgerichtet sind, dürften erhebliche Aufträge im Bestand vorhanden sein, die nun zunächst abgearbeitet

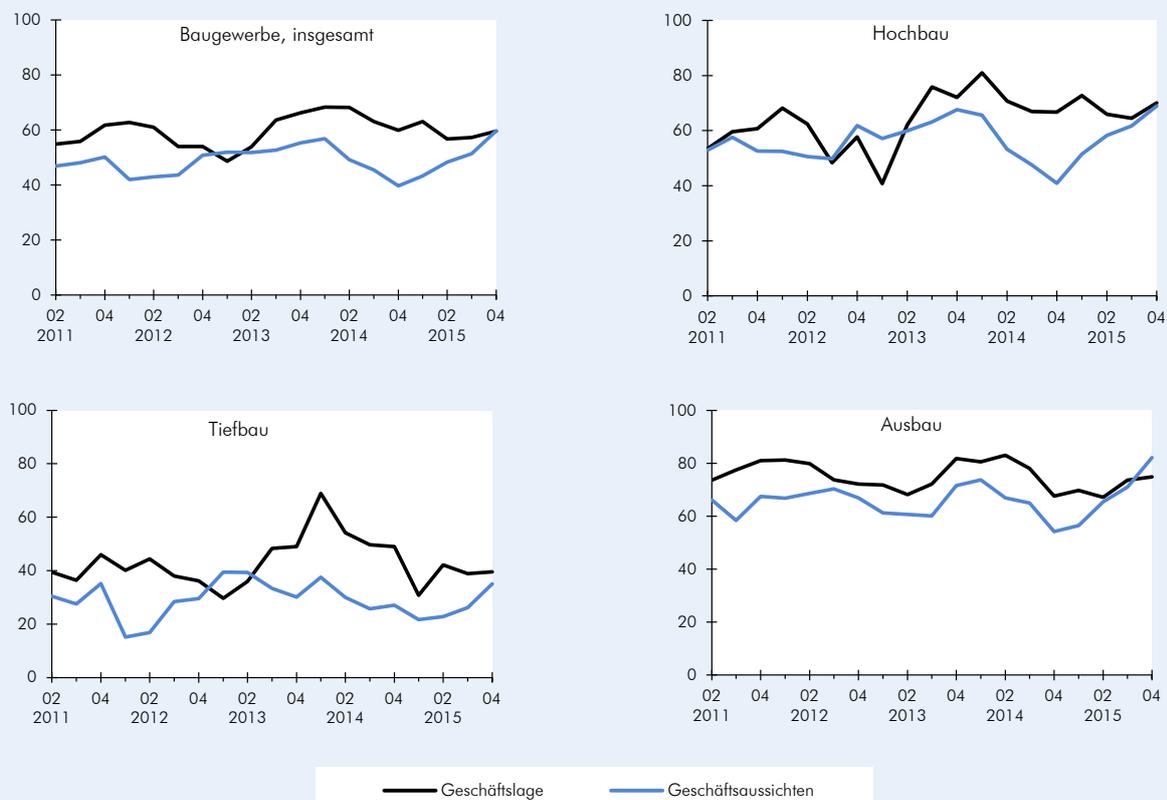
werden. Zugleich hellt sich das Bild bei den zu erwartenden Erträgen auf. Dies wird wohl zu einem Großteil durch die äußerst günstigen Ölpreise gestützt, aber auch durch die Erwartung, höhere Baupreise erzielen zu können. Die Stimmung verbessert sich auf breiter Front. In allen Sparten ist das Geschäftsklima deutlich aufwärtsgerichtet.

Am deutlichsten ist die Klimaauflhellung im *Hochbau* und im *Ausbau*. Bei weiterhin günstigen Rahmenbedingungen dürften hier die Impulse vor allem von den privaten Haushalten und den Unternehmen im Wohnungsbau ausgehen. Die Hochbauunternehmen signalisieren dabei eine sowohl günstigere Lage als auch

**Abbildung 1**

## Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfragen im ostdeutschen Baugewerbe

Saldo<sup>a</sup>, saisonbereinigte Quartalswerte



<sup>a</sup> Die Saldo von Geschäftslage und -aussichten werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven und negativen Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen siehe die IWH-Website, „Daten und Analysen/Aktuelle Konjunktur/Download“.

Quelle: IWH-Baumfragen.

**Tabelle****Ergebnisse der IWH-Umfragen im ostdeutschen Baugewerbe**Salden<sup>a</sup>, saisonbereinigte Quartalswerte

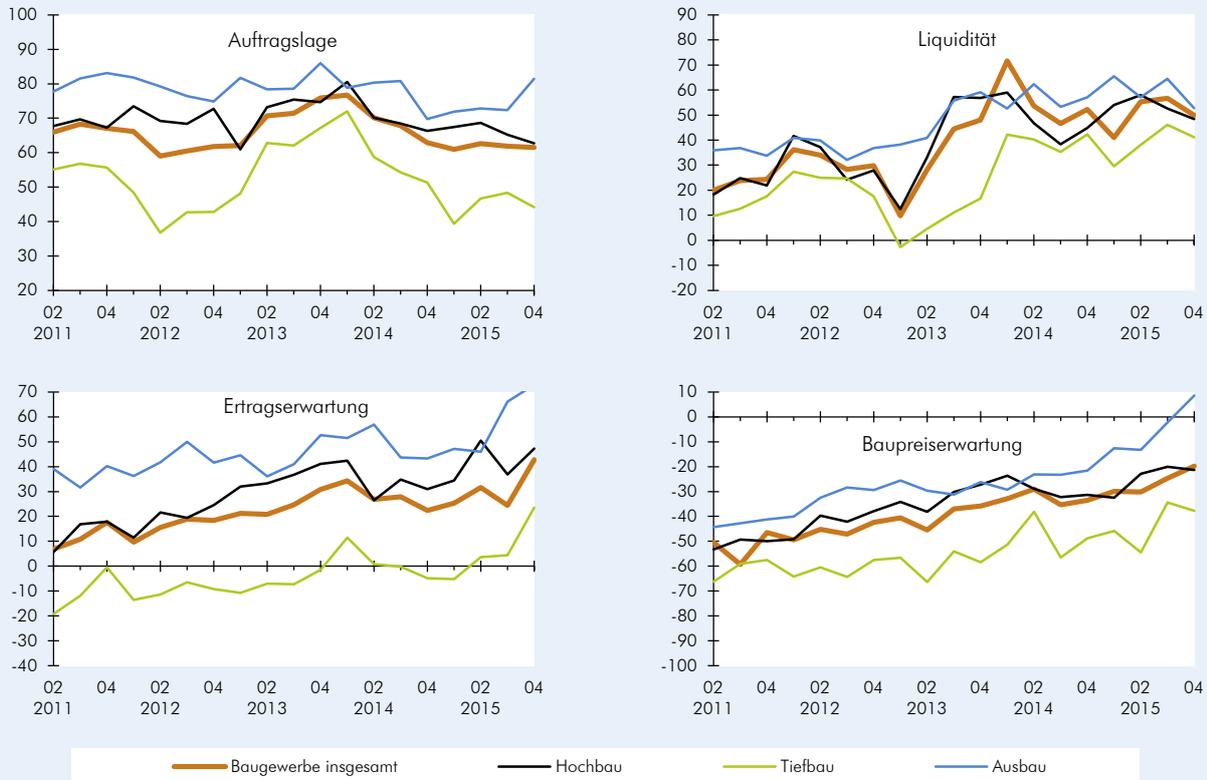
	4/13	1/14	2/14	3/14	4/14	1/15	2/15	3/15	4/15
<b>Baugewerbe</b>									
Lage	66	68	68	63	60	63	57	57	60
Aussichten	55	57	49	45	40	43	48	51	60
Produktion	60	69	61	60	57	57	51	49	48
Auftragslage	76	77	70	68	63	61	63	62	61
Liquidität	48	72	54	47	52	41	55	57	50
Baupreise	-37	-32	-34	-30	-32	-29	-25	-28	-25
Produktionserwartungen	52	58	48	45	42	37	44	43	57
Ertragserwartungen	31	34	27	28	22	25	32	24	43
Baupreiserwartungen	-36	-33	-29	-35	-34	-30	-30	-25	-20
<b>Hochbau</b>									
Lage	72	81	71	67	67	73	66	64	70
Aussichten	68	66	53	48	41	51	58	62	69
Produktion	70	84	64	62	61	64	64	60	61
Auftragslage	75	80	70	68	66	67	69	65	63
Liquidität	57	59	47	38	45	54	58	53	48
Baupreise	-23	-24	-29	-23	-24	-17	-11	-11	-24
Produktionserwartungen	54	61	50	44	50	44	53	59	63
Ertragserwartungen	41	42	26	35	31	34	50	37	47
Baupreiserwartungen	-27	-24	-29	-32	-31	-32	-23	-20	-21
<b>Tiebbau</b>									
Lage	49	69	54	50	49	31	42	39	40
Aussichten	30	38	30	26	27	22	23	26	35
Produktion	36	48	48	43	41	34	22	30	26
Auftragslage	67	72	59	54	51	39	47	48	44
Liquidität	17	42	40	35	42	30	38	46	41
Baupreise	-65	-57	-53	-54	-49	-53	-49	-46	-48
Produktionserwartungen	35	46	30	28	22	14	27	25	41
Ertragserwartungen	-1	11	1	0	-5	-5	4	4	24
Baupreiserwartungen	-58	-51	-38	-57	-49	-46	-54	-34	-38
<b>Ausbau</b>									
Lage	82	81	83	78	68	70	67	74	75
Aussichten	72	74	67	65	54	56	65	71	82
Produktion	75	76	69	75	69	70	69	65	63
Auftragslage	86	79	80	81	70	72	73	72	81
Liquidität	59	53	62	53	57	66	57	65	53
Baupreise	-27	-18	-20	-19	-21	-18	-10	-11	3
Produktionserwartungen	68	71	68	60	56	56	58	73	76
Ertragserwartungen	53	52	57	44	43	47	46	66	73
Baupreiserwartungen	-26	-29	-23	-23	-22	-13	-13	-2	9

<sup>a</sup> Die Salden der dargestellten Größen werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven („guten“ bzw. „eher guten“) und negativen („schlechten“ bzw. „eher schlechten“) Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen als Ursprungswerte und in saisonbereinigter Form siehe die IWH-Website, „Daten und Analysen/Aktuelle Konjunktur/Download“.

Quelle: IWH-Baumfragen.

**Abbildung 2**  
**Auftragslage, Liquidität, Ertrags- und Baupreiserwartungen laut IWH-Baumfragen**

Salden<sup>a</sup>, saisonbereinigte Quartalswerte



<sup>a</sup> Die Salden von Geschäftslage und -aussichten werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven („guten“ bzw. „eher guten“) und negativen („schlechten“ bzw. „eher schlechten“) Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen siehe die IWH-Website, „Daten und Analysen/Aktuelle Konjunktur/Download“.

Quelle: IWH-Baumfragen.

günstigere Aussichten. Die konjunkturelle Erholung im Ausbau kommt dagegen vor allem aus den steigenden Erwartungen, während sich die Geschäftslage auf hohem Niveau in etwa hält. In beiden Sparten kräftigt sich die Ertragslage deutlich. Im Ausbau hat sich zuletzt auch die Auftragslage nochmals deutlich verbessert (vgl. Abbildung 2). Hinsichtlich der Baupreise erwartet per saldo sogar eine Mehrheit der Ausbauunternehmen eine Verbesserung. Nach wie vor hebt sich der Ausbaubereich bei den meisten Stimmungsindikatoren positiv von den übrigen Sparten ab. Im *Tiefbau* laufen die Baugeschäfte ebenfalls besser. Die Belebung ergibt sich vorwiegend aus den aufgehellten Aussichten. Sowohl die Produktionserwartungen als auch die Ertragsaussichten sind zuletzt kräftig nach oben geschneilt. Es lässt sich zurzeit noch nicht sagen, ob hierfür auch die von der Bundesregierung auf den Weg gebrachten Investitionsinitiativen eine Rolle gespielt haben. So äußerten sich die Tiefbauunternehmen hinsichtlich der Auftragslage eher zurückhaltend. Die Liquiditätsausstattung bleibt zwar

im längerfristigen Vergleich gut, die Aufwärtsbewegung hat sich zuletzt aber nicht weiter fortgesetzt. 



Dr. Brigitte Loose  
 Abteilung Makroökonomik

[Brigitte.Loose@iwh-halle.de](mailto:Brigitte.Loose@iwh-halle.de)

# IWH-Industrienumfrage im vierten Quartal 2015: Gute Stimmung bei den Unternehmen hält an

Cornelia Lang

Das Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands hat sich zum Jahresende 2015 weiter erwärmt, wie die Ergebnisse der IWH-Industrienumfrage unter rund 300 Unternehmen zeigen. Die Lage wird per saldo drei Punkte besser als im Vorquartal bewertet, und der Saldo aus positiven und negativen Meldungen über die Geschäftsaussichten steigt um vier Punkte (vgl. Abbildung 1 und Tabelle). Die positiven konjunkturellen Signale, die bereits im Herbst aus den Industrieunternehmen kamen, haben sich gefestigt. Dafür spricht auch, dass sich die Auftragslage zum zweiten Mal in Folge verbessert hat und die Produktionserwartungen ihr hohes Niveau beibe-

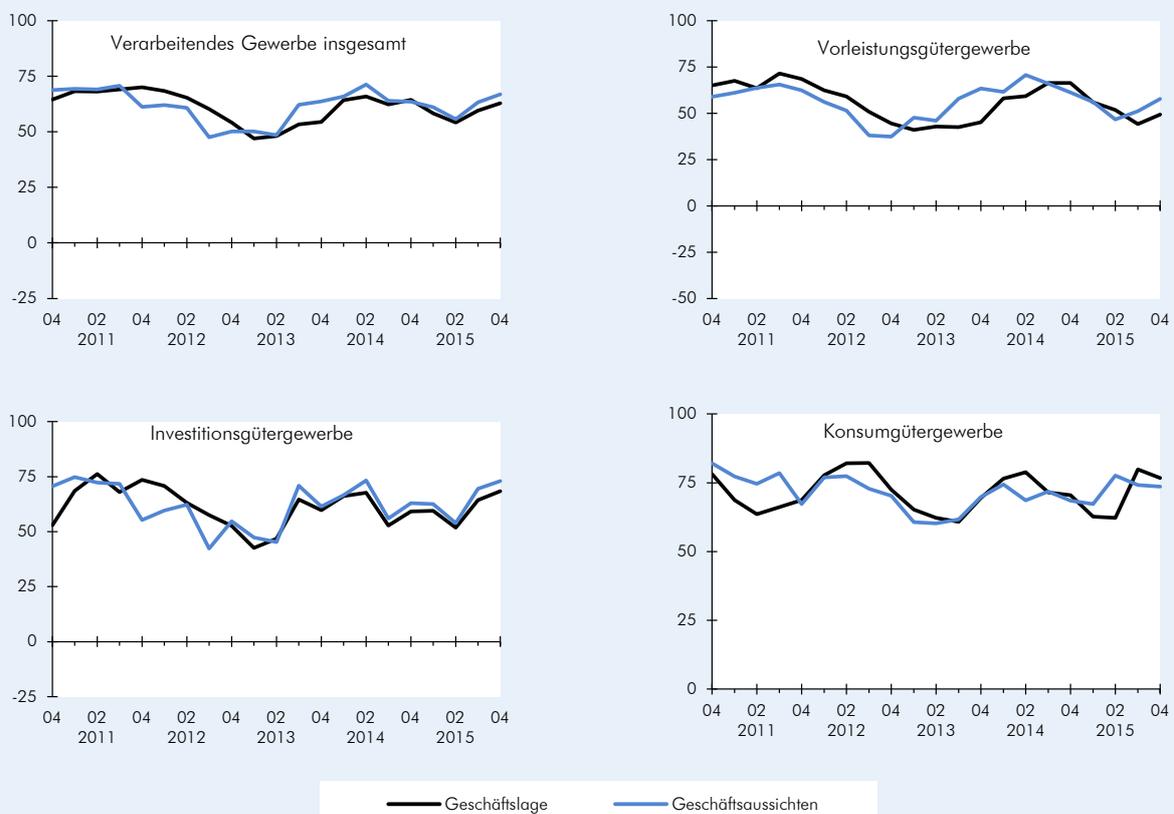
halten (vgl. Abbildung 2 und Tabelle). Die ostdeutsche Industrie zeigt sich weitgehend unbeeindruckt von globalen Krisen und setzt wohl auf eine moderate Belebung der Inlandsnachfrage.

Im Vorleistungsgütergewerbe scheint die konjunkturelle Schwächephase vorerst überwunden. Die Salden aller Indikatoren haben sich erhöht. Dennoch kann das gegenwärtige Niveau der Geschäftsaktivitäten nicht an das Vorjahresquartal heranreichen. Vor allem die Auftragslage als wichtigen vorlaufenden Indikator beurteilten die Unternehmen vor einem Jahr sehr viel positiver (vgl. Tabelle).

**Abbildung 1**

Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfragen im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe

Salden<sup>a</sup>, saisonbereinigte Quartalswerte



<sup>a</sup> Die Salden von Geschäftslage und -aussichten werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven und negativen Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen siehe die IWH-Website, „Daten und Analysen/Aktuelle Konjunktur/Download“.

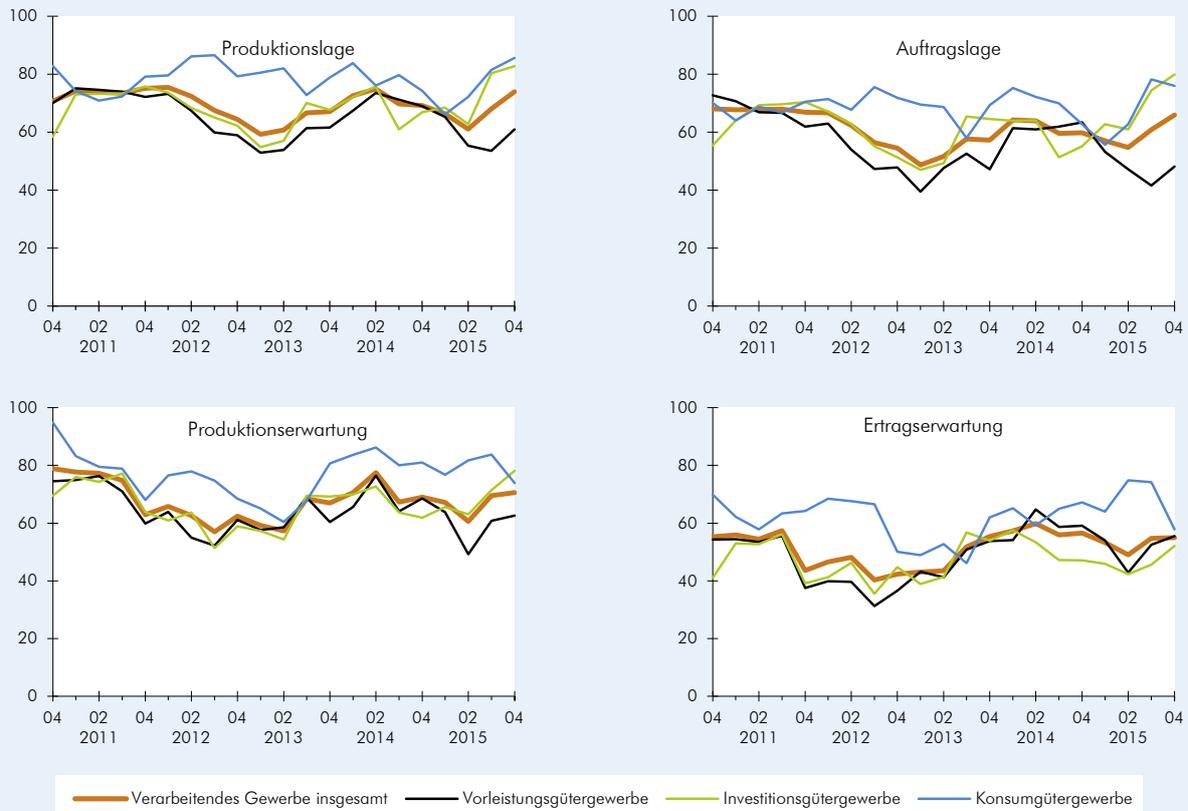
Quelle: IWH-Industrienumfragen.

**Tabelle****Ergebnisse der IWH-Umfragen im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe**Salden<sup>a</sup>, saisonbereinigte Quartalswerte

	4/13	1/14	2/14	3/14	4/14	1/15	2/15	3/15	4/15
<b>Verarbeitendes Gewerbe insgesamt</b>									
Lage	54	64	66	62	64	58	54	60	63
Aussichten	64	66	71	64	64	61	56	63	67
Produktion	67	73	75	70	69	66	61	68	74
Auftragslage	57	64	64	60	60	57	55	61	66
Liquidität	60	60	57	60	57	64	63	61	64
Produktionserwartungen	67	71	77	67	69	67	61	70	71
Ertragserwartungen	55	57	60	56	57	53	49	55	55
<b>Vorleistungsgewerbe</b>									
Lage	45	58	59	66	66	56	52	44	49
Aussichten	63	62	71	66	61	56	47	51	58
Produktion	62	67	74	71	69	65	55	54	61
Auftragslage	47	61	61	62	63	53	47	42	48
Liquidität	58	59	53	57	54	59	62	56	58
Produktionserwartungen	60	66	76	64	69	64	49	61	63
Ertragserwartungen	54	54	65	59	59	54	43	52	55
<b>Investitionsgütergewerbe</b>									
Lage	60	66	68	53	59	60	52	64	68
Aussichten	61	67	73	56	63	63	54	70	73
Produktion	68	72	76	61	67	68	63	80	83
Auftragslage	65	64	64	51	55	63	61	74	80
Liquidität	65	66	60	59	51	56	55	55	62
Produktionserwartungen	69	70	73	64	62	66	63	71	78
Ertragserwartungen	54	57	53	47	47	46	42	46	52
<b>Konsumgütergewerbe</b>									
Lage	70	76	79	72	71	63	62	80	77
Aussichten	70	74	69	72	68	67	78	74	74
Produktion	79	84	76	80	74	66	72	81	86
Auftragslage	69	75	72	70	63	56	63	78	76
Liquidität	54	53	60	70	75	86	81	82	73
Produktionserwartungen	81	84	86	80	81	77	82	84	74
Ertragserwartungen	62	65	59	65	67	64	75	74	58

<sup>a</sup> Die Salden der dargestellten Größen werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven („guten“ bzw. „eher guten“) und negativen („schlechten“ bzw. „eher schlechten“) Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen als Ursprungswerte und in saisonbereinigter Form siehe die IWH-Website, „[Daten und Analysen/Aktuelle Konjunktur/Download](#)“.

Quelle: IWH-Industrienumfragen.

**Abbildung 2****Produktionslage, Auftragslage, Produktions- und Ertragserwartungen laut IWH-Industrienumfragen**Salden<sup>a</sup>, saisonbereinigte Quartalswerte

<sup>a</sup> Die Salden von Geschäftslage und -aussichten werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven („guten“ bzw. „eher guten“) und negativen („schlechten“ bzw. „eher schlechten“) Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen siehe die IWH-Website, „Daten und Analysen/Aktuelle Konjunktur/Download“.

Quelle: IWH-Industrienumfragen.

Bereits im dritten Quartal signalisierten die Hersteller von Investitionsgütern eine konjunkturelle Erholung. Zum Jahresende hat sich das Geschäftsklima weiter erwärmt. In der Sparte werden die aktuelle Lage und auch die Geschäftserwartungen zum zweiten Mal positiver als im Vorquartal eingeschätzt. Die Auftragslage ist um sechs und die Produktionserwartungen sind um sieben Saldenpunkte gestiegen. Die Branche rechnet mit guten Geschäften.

Bei den Herstellern von Konsumgütern hingegen hat sich die Stimmung leicht eingetrübt. Nach der Hochstimmung im Herbst kann dies aber Ausdruck einer Normalisierung sein. Die saldierten Urteile über die Geschäftslage haben sich geringfügig um drei Saldenpunkte verschlechtert. Die hohe Zufriedenheit mit der gegenwärtigen Produktion ist gegenüber dem Vorquartal sogar nochmals angestiegen. Die Auftragslage wird zwar etwas schlechter beurteilt. Aber die Aussichten für die nächsten sechs Monate bewerten die Unternehmen unverändert sehr positiv. Im Vergleich

der fachlichen Hauptgruppen haben die Geschäftsaktivitäten der Sparte nach wie vor das höchste Niveau (vgl. Abbildung 1 und 2). 

**Dr. Cornelia Lang**

Abteilung Makroökonomik,  
Leiterin des Forschungsdatenzentrums

[Cornelia.Lang@iwH-halle.de](mailto:Cornelia.Lang@iwH-halle.de)

# „Challenges for Forecasting – Structural Breaks, Revisions and Measurement Errors“

## 16<sup>th</sup> IWH-CIREQ Macroeconometric Workshop

Matthias Wieschemeyer

Am 7. und 8. Dezember 2015 fand am Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) zum 16. Mal der IWH-CIREQ Macroeconometric Workshop statt. Die in Kooperation mit dem Centre interuniversitaire de recherche en économie quantitative (CIREQ), Montréal, durchgeführte Veranstaltung beschäftigte sich dieses Mal mit zentralen Herausforderungen, denen sich die ökonomische Prognose zu stellen hat: Strukturbrüche in den Daten, statistische Revisionen und Fehler bei der Messung wichtiger Indikatoren.<sup>1</sup>



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops.

Foto: IWH.

Vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009 ging *Simon Price* (Bank of England) in der ersten Keynote der Frage nach, wie sich inmitten einer Krise trotz weitgehender Unwissenheit über deren Ursprung und weiteren Verlauf bestmögliche Prognosen erstellen lassen. Anhand von Simulationsstudien diskutierte er die Leistungsfähigkeit verschiedener Prognosemodelle. Die besten Ergebnisse erzielte ein nicht-parametrischer Ansatz, der relativ weit zurückliegenden Informationen weniger Gewicht zukommen lässt als den Beobachtungen der unmittelbaren Vergangenheit.

*Richard Dutu* (OECD) stellte in der zweiten Keynote eine ausführliche Evaluation der OECD-Prognosen

vor und während der Krise dar. Er machte deutlich, dass der Prognosefehler umso größer ist, je offener eine Volkswirtschaft und je größer die Präsenz ausländischer Banken ist. Stärker als bisher sollten daher globale wirtschaftliche Interdependenzen und die Rolle der Finanzmärkte in der Prognose berücksichtigt werden.

*Tara Sinclair* (The George Washington University) knüpfte in der dritten Keynote an die zuvor angesprochene Problematik einer generell schwachen Performance von Prognosen in Krisenzeiten an. Während Prognostiker noch immer über verspätete, zu spärliche und in zu niedriger Frequenz verfügbare Informationen klagten, sahen sich Big-Data-Forscher dem umgekehrten Problem gegenüber: In Echtzeit liegt ein ungefiltertes Vielfaches an Informationen im Sekundentakt vor. An die „Zunft“ der professionellen Prognostiker gerichtet, hob Tara Sinclair die Notwendigkeit einer offenen Auseinandersetzung mit den Chancen und Schwierigkeiten von Big Data hervor.

In den übrigen Vorträgen präsentierte und diskutierte ein internationaler Kreis von Forscherinnen und Forschern eine weite Bandbreite an theoretischen und angewandten ökonometrischen Entwicklungen. Auf besonderes Interesse stieß eine von der Europäischen Zentralbank entwickelte Bayesianische Toolbox, die von *Romain Legrand* (EZB) vorgestellt wurde. Wie in den Jahren zuvor fand ergänzend zu den Vorträgen eine Postersession statt. 



Matthias Wieschemeyer  
Abteilung Makroökonomik

Matthias.Wieschemeyer@iwh-halle.de

<sup>1</sup> Die Vortragsfolien des Workshops sind unter <http://www.iwh-halle.de/c/start/veranst.asp?eventsearch=cireq&lang=d> abrufbar.



## Impressum

### Herausgeber:

Professor Reint E. Gropp, Ph.D.  
Professor Dr. Oliver Holtemöller  
Professor Dr. Steffen Müller  
Juniorprofessor Dr. Felix Noth  
Professor Dr. Martin T. W. Rosenfeld

### Redaktion:

Dipl.-Volkswirt Tobias Henning  
Layout und Satz: Ingrid Dede  
Tel +49 345 7753 738/721  
Fax +49 345 7753 718  
E-Mail: Tobias.Henning@iwh-halle.de

### Verlag:

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle,  
Kleine Märkerstraße 8, D-06108 Halle (Saale)  
Postfach: 110361, D-06017 Halle (Saale)

Tel +49 345 7753 60, Fax +49 345 7753 820  
[www.iwh-halle.de](http://www.iwh-halle.de)

Erscheinungsweise: 6 Ausgaben jährlich

Bezugspreis: Einzelheft 4,50 Euro,  
Jahresbezug 24,00 Euro

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet,  
Beleg erbeten.

Titelbild: © TTstudio – Fotolia.com

Druck: Grafisches Centrum Cuno GmbH & Co. KG

Wirtschaft im Wandel, 22. Jahrgang

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 26. Februar 2016

ISSN 0947-3211 (Print)

ISSN 2194-2129 (online)